



## Presseinformation

Nr. 361/2009

Kiel, Freitag, 18. Dezember 2009

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

EU-Schulobstprogramm:

### Carsten-Peter Brodersen: Kein staatlich verordnetes Apfelessen, sondern Unterstützung für Engagement vor Ort!

In seiner Rede zu **TOP 19** sagte der FDP-Landtagsabgeordnete, **Carsten-Peter Brodersen**:

„Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht - der Antrag der Grünen zum EU-Schulobstprogramm belegt das wieder einmal eindrucksvoll:

Es ist ohne Frage gut gemeint, wenn die Grünen nach einer Möglichkeit suchen, die gesunde Ernährung von Schülerinnen und Schülern zu unterstützen. Dieses Ziel unterstützen wir alle. Nur eignet sich das EU-Schulobstprogramm für Schleswig-Holstein nicht als eine solche Möglichkeit.

Das hat ohne Frage etwas mit den geringen finanziellen Möglichkeiten des Landes zu tun. Das hat aber vor allem damit etwas zu tun, dass wir ein staatlich verordnetes Obst-Essen ablehnen und dass wir den immensen bürokratischen Aufwand, der damit verbunden ist, ebenfalls ablehnen.

Leider haben die Grünen diese Gesichtspunkte nicht berücksichtigt. Sie scheinen weder die praktische Umsetzung des EU-Schulobstprogramms hinterfragt zu haben noch die Gegenleistung. Oder wissen Sie, wie viele Schüler für immerhin 400.000 Euro Landesmittel Obst erhalten sollen? Da nützt es wenig, dass sie sich wenigstens zurückgehalten haben, ihren Antrag auf ökologisch angebautes Obst und Gemüse zu beschränken, sondern auch dem konventionellen Anbau eine Chance geben. Mir ist das durchaus positiv aufgefallen.

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Stellvertretende Vorsitzende

**Günther Hildebrand**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Es macht den Antrag gleichwohl nicht besser! Im Gegenteil: Soweit die Grünen über das EU-Schulobstprogramm auch die gezielte Förderung regionaler Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte im Auge haben, folgt das nicht der Schwerpunktsetzung des Programms. Eine versteckte Subventionierung für regionale landwirtschaftliche Produkte sieht das Programm nicht vor.

Bleiben wir also bei der gesunden Ernährung. Auch unter dieser Prämisse ist der Antrag schlichtweg nicht nutzbringend umsetzbar.

Tatsächlich verursacht das EU-Schulobstprogramm einen derart hohen bürokratischen Aufwand, und das nicht nur beim Land, sondern auch bei Schulträgern und den Schulen. Dieser Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Nicht ohne Grund beteiligen sich nur wenige Bundesländer an dem Programm. Zum Beispiel bedarf die Auszahlung der EU-Mittel eine vorherige Zulassung der jeweiligen Antragsteller. Und bei den eigentlichen Antrags-, Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren müssen zahlreiche Einzelvorschriften beachtet werden, die zudem noch in zusätzliche Richtlinien und Verordnungen geregelt werden müssen.

Es ist weiterhin irreführend anzunehmen, dass durch das Schulobstprogramm allen Schülern täglich ein Obst- und Gemüseangebot gemacht werden könnte. Das unterstellt zwar der große Name des Programms. Der Anteil der begünstigten Kinder ist aber tatsächlich ganz klein. Denn trotz der hohen Gesamtsumme würden das Geld nur reichen, ausschließlich an Kinder in den Grundschulen Obst zu verteilen und auch das nur 2 bis 3 mal die Woche! Das ist fast noch weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Wobei ich bezweifle, dass dieser Stein wirklich „heiß“ ist, sprich die Kinder das angebotene Obst auch mit „Heißhunger“ essen würden. Oder schmeckt ein Apfel besser, nur weil er umsonst ist und in der Schule gegessen werden soll? Wir lehnen den Antrag der Grünen daher ab. Stattdessen wollen wir bestehende Projekte weiterentwickeln und private Initiativen unterstützen; die Möglichkeiten sind groß: Das fängt beim Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ an, auch die Kommunen könnten ihre Streuobstwiesen zur Verfügung stellen, Schulen Schulgärten einrichten und nutzen nach dem Motto: Selbst gepflanzt, selbst gepflegt, selbst gerntet.

Auch viele private Vereine bieten bereits Möglichkeiten den Anbau, die Ernte und den Genuß von heimischem Obst und Gemüse im wahrsten Sinne des Wortes „zu begreifen“.

Gesunde Ernährung der Kinder ist ein wichtiges Thema. Übergewichtigkeit gepaart mit Vitaminmangel und Bewegungsarmut sind leider allgegenwärtige Probleme, denen wir uns stellen müssen. Dazu brauchen wir kein staatlich verordnetes Apfelessen, sondern ganz, ganz viel Informationen in den Schulen, private Initiativen, sowie die Unterstützung der Lehrer und auch der Eltern. Nur mit verstärktem Engagement vor Ort können und werden wir erfolgreiche Lösungen finden.

Wir lehnen den Antrag der Grünen-Fraktion daher ab. Gleichzeitig bieten wir Ihnen aber die Möglichkeit unserem Änderungsantrag zu folgen, zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler.“